



Nr. 13

14. April 2016

Inhalt

[Öffentlicher Dienst: Einkommensrunde 2016 für Bund und Kommunen - Russ: Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch+++](#)

[dbb zu Panama-Papieren: Politik muss Steueroasen und Briefkastenfirmen konsequent bekämpfen+++](#)

[Europäischer Abend: Europa braucht neuen gemeinsamen Aufbruch+++](#)

[Frauenpolitische Fachtagung - IT und Arbeitswelt: Aus Dauer-Erreichbarkeit darf keine Ausbeutung werden+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Frauenförderung muss beförderungsrelevant sein+++](#)

[Naunhof: Stadt bietet Verhandlungen an – Streiks ausgesetzt+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Gebietsreform in Thüringen: tbb kritisiert Vorschaltgesetz+++](#)

[Rheinland-Pfalz: dbb und Steuerzahlerbund wollen Qualität öffentlicher Dienstleistungen sichern+++](#)

[dbb-Lehrerverbände in Sachsen-Anhalt: In Bildungsqualität investieren+++](#)

[Deutsche Polizeigewerkschaft gegen Bundeswehreinmärsche im Innern+++](#)

[Deutscher Philologenverband: Turnhallen wieder für Schulsport freigeben+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst: Einkommensrunde 2016 für Bund und Kommunen - Russ: Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch

(dbb) Nachdem auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen am 12. April 2016 in Potsdam ergebnislos geblieben war, zeigte sich der dbb Verhandlungsführer Willi Russ von der Strategie der Arbeitgeber verärgert: „Das vorgelegte ‚Angebot‘ ist völlig unbrauchbar. Den Arbeitgebern fehlt jeder Wille zum Durchbruch. Wir können hier in Potsdam stundenlang die kleinen Schrauben drehen, aber solange die Arbeitgeber denken, bei niedriger Inflation dürfen wir eigentlich keine Einkommensforderung stellen, kommen wir einem Abschluss keinen Millimeter näher.“

In einigen strukturellen Fragen, etwa bei der Eingruppierung, hätten die Tarifparteien zwar Annäherungen erreicht, erklärte Russ, „aber bei entscheidenden Themen, wie dem Einkommen oder der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden, mauern die Arbeitgeber weiter.“ Die dbb-Verhandlungskommission entschied deshalb, die bundesweiten Warnstreiks vor der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde, die am 28. April ebenfalls in Potsdam beginnt, nochmals auszuweiten.

Den Auftakt machte die dbb Jugend schon am 13. April 2016 mit einer dezentralen Mahnwache vor den Niederlassungen der kommunalen Arbeitgeberverbände in acht Bundesländern. In **Berlin** stellte die Vorsitzende der dbb Jugend Sandra Kothe klar: „Gerade Befristungen sind für Berufseinsteiger abschreckend. Das verschärft den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst enorm.“ dbb-Vize Hollmann, die die jungen Beschäftigten vor Ort unterstützte, sagte: „Mit einem Discountabschluss ohne Perspektiven für den Nachwuchs können die Arbeitgeber nichts gewinnen. Jeder weiß: Der öffentliche Dienst hat ohne Jugend keine Zukunft.“

Aber auch vor der zweiten Verhandlungsrunde hatten die Kolleginnen und Kollegen ihren Protest bereits zahlreich auf die Straße getragen. So zeigten Bundes- und Kommunalbeschäftigte am 7. April 2016 in **Flensburg** Flagge, um ihre Forderungen zu unterstreichen. „Dem öffentlichen Dienst fehlt an allen Ecken und Enden Personal. Die Arbeitgeber werden die Attraktivität der Arbeitsplätze nicht steigern, indem sie Beschäftigte wie Bittsteller behandeln“, machte dbb Verhandlungsführer Willi Russ bereits hier deutlich.

Den Verzicht auf verbale Allgemeinplätze forderten die Beschäftigten am gleichen Tag auch in **Salzgitter**. „Wir wollen hier und heute klarstellen, dass wir mehr von den Arbeitgebern

erwarten als ausweichende Argumente“, brachte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Andreas Hemsing den Unmut auf den Punkt. „Wie wäre es denn um Deutschland bestellt, wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Aufgaben nicht Tag für Tag zuverlässig, engagiert und kompetent erledigen würden?“

Ähnlich argumentierte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Jens Weichelt am 6. April 2016 in **Erfurt**: „Es kann nicht sein, dass wir in Potsdam wie lästige Bittsteller abgespeist werden sollen. Wir werden gemeinsam für unsere Forderungen kämpfen, denn sie bedeuten auch Wertschätzung und Anerkennung für unsere Arbeit.“ Gewohnt kämpferisch zeigte sich auch Weichelts Kollege als stellvertretender Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Siegfried Damm am gleichen Tag in **Fulda**: „Wenn die Arbeitgeber nur mit wenig warmen Worten antreten und die Verhandlungen derart verschleppen, braucht sich niemand wundern, dass wir unserem Ärger umgehend Luft machen.“

Bereits am Tag zuvor hatte Damm bei einer Demo in **Bremerhaven** die Haltung von Bund und Kommunen scharf kritisiert: „In Potsdam mussten wir uns von den Arbeitgebern anhören, dass es für unsere Einkommen keinen Nachholbedarf geben würde. Das ist nicht richtig, sondern nur polemisch.“

Schon zum Auftakt der Warnstreikwelle hatte Willi Russ am 4. April 2016 bei einer Kundgebung in **Rostock** bei einem weiteren wichtigen Thema für Klarheit gesorgt, da die kommunalen Arbeitgeber mit Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung gedroht hatten: „Dazu sagen wir klipp und klar: Pfoten weg von Leistungseinschnitten bei der Zusatzversorgung!“ (01/13/16)



dbb zu Panama-Papieren: Politik muss Steueroasen und Briefkastenfirmen konsequent bekämpfen

(dbb) Die Veröffentlichung der „Panama-Papiere“ gibt aus Sicht des dbb Anlass, den weltweiten Kampf gegen Steuerhinterziehung zu verstärken. „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wer seine Steuern nicht zahlt, hintergeht nicht nur den Staat, sondern betrügt alle anderen Steuerzahler“, so der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 8. April 2016 in Berlin.

„Steuerhinterziehung, Vernebelung von Besitzverhältnissen oder Geldwäsche, oft dient eine Briefkastenfirma in einer Steueroase kriminellen Zwecken“, erklärte Dauderstädt weiter. Auch wenn die Gründung von Offshore-Briefkastenfirmen formal erlaubt ist, müsse man fast immer von einer Verschleierungsabsicht ausgehen. Hierbei dürfe man allerdings nicht nur Länder wie Panama in den Blick nehmen. Auch Staaten innerhalb der EU ließen auf ihrem Hoheitsgebiet weiter unsaubere Praktiken zu und selbst deutsche Banken hätten Kunden geholfen, solche Briefkastenfirmen zu gründen oder sich an diesen zu beteiligen.

Dauderstädt: „Wir brauchen jetzt entschlossene nationale und internationale Maßnahmen. Wer Briefkastenfirmen zur Geldwäsche und Steuerhinterziehung nutzt, ist kriminell, untergräbt die Steuermoral und richtet beträchtlichen Schaden an.“

Dauderstädt forderte angesichts der bekannt gewordenen Vorkommnisse darüber hinaus, dass endlich eine Finanz-Transaktionssteuer eingeführt wird: „Hier diskutieren die Politiker seit bald sieben Jahren, ohne dass man einen Schritt weiter gekommen ist.“
(02/13/16)

Europäischer Abend: Europa braucht neuen gemeinsamen Aufbruch

(dbb) Vor einem Scheitern des „Projekts Europa“ hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gewarnt. „Einen Abbruch des europäischen Projekts kann und darf es nicht geben. Europa braucht einen neuen gemeinsamen Aufbruch“, sagte der dbb Chef im Vorfeld des Europäischen Abends am 11. April 2016 in Berlin, wo namhafte Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Diskussion über „Europas Zukunft – Aufbruch oder Abbruch“ zusammenkamen.

„Europa ist unser aller Aufgabe“, betonte Dauderstädt. „Das ist nicht nur Sache der Politik, auch zivilgesellschaftliches Engagement und sozialpartnerschaftliche Verantwortung sind gefragt. Dabei haben wir auch als Beamtenbund den einen oder anderen Konflikt mit europäischen Regelungen, vor allen Dingen dann, wenn wir glauben, dass das deutsche Modell gut funktioniert – wie etwa das duale System in der beruflichen Bildung, der besondere Beamtenstatus oder unsere selbstverwaltete, beitragsfinanzierte und gegliederte Sozialversicherung. Dort halten wir das Subsidiaritätsprinzip hoch. Doch eine Renationalisierung Europas wäre nicht nur ein politischer Rückschritt, sondern weit mehr als das. Eine Renationalisierung würde die europäische Ordnung zerstören, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Sie würde ein gefährliches Vakuum erzeugen und damit Raum

schaffen für neue Hierarchien in Europa, für ein neues Machtgefüge, das am Ende nur Verlierer kennt“, warnte der dbb Chef. „Ein neuer europäischer Aufbruch ist in jedem Fall eine gemeinsame Aufgabe der Europäer. Deutschland trägt dabei große Verantwortung, es tut dies aber nicht allein“, ergänzte er.

„Abgesänge auf die Europäische Union“ halte er deshalb für unangebracht, so Dauderstädt. „Die Zeiten mögen zwar schwierig sein, die Institutionen funktionieren aber nach wie vor. Das politische System, das die europäische Integration hervorgebracht hat, hat sich gerade in den Krisenjahren bewährt. Manche sind enttäuscht über die europäische Politik, vor allem über die Politik einiger Regierungen in Europa, doch zeigen viele Meinungsumfragen, dass die Bürger in den großen Fragen unserer



Zeit gemeinsame europäische Antworten wünschen.“

Der Europäische Abend ist eine Kooperationsveranstaltung der Europa-Union Deutschland, des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und des dbb beamtenbund und tarifunion. Am 11. April 2016 begrüßten die Gastgeber Dr. Eva Högl, MdB, Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland, und der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zu Impulsen und Diskussionen unter der Überschrift „Europas Zukunft – Europa im Aufbruch oder Abbruch“: Dr. Viviane Reding, MdEP, frühere EU-Kommissarin und EU-

Kommissions-Vizepräsidentin, Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Dr. Wolfram Eilenberger, Chefredakteur „Philosophie Magazin“, Prof. Dr. Herfried Münkler, Lehrstuhlinhaber für „Theorie der Politik“ an der Humboldt-Universität zu Berlin und Jens Spahn, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen.

Einen ausführlichen Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter:

<http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/europas-zukunft-aufbruch-oder-abbruch.html>

(03/13/16)

Frauenpolitische Fachtagung - IT und Arbeitswelt: Aus Dauer-Erreichbarkeit darf keine Ausbeutung werden

(dbb) Für einen „gesunden Umgang“ mit den modernen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Arbeitswelt hat dbb Chef Klaus Dauderstädt gewonnen. „Vereinbarte Arbeitszeit darf nicht durch moderne IT-Vernetzung umgangen und gnadenlos überzogen werden“, forderte Dauderstädt bei der 12. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung am 12. April 2016 in Berlin.

„Die viel zitierte permanente Erreichbarkeit verwischt mit der unwiderstehlichen Leichtigkeit des ‚Klings‘ beim Eintreffen einer Mail oder Nachricht auf dem Handy erbarmungslos die Grenze zwischen Freizeit und Beruf. Das dezimiert die Erholungs- und Entspannungsphasen, die wir zur Bewältigung des Arbeitsstresses brauchen und auf deren Inanspruchnahme niemand verzichten sollte“, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. „Das zwingt vielleicht nicht gleich zu Schutztatbeständen in Gesetzen oder Dienstvereinbarungen, setzt aber eine Führungskultur voraus, die wir nicht überall vorfinden. Wir sind ja gerne vernetzt, aber nicht rund um die Uhr – das wäre schlicht Ausbeutung.“ Die neue Flexibilität sei begrüßenswert, betonte Dauderstädt, ihr Mehrwert müsse für alle Beteiligten ausgeschöpft werden: Beschäftigten gerade mit Familienpflichten sollten, wo vom Betriebsablauf her machbar, Alternativen wie Heim- und Telearbeit eröffnet werden, ebenso wie das auf die Lebensarbeitszeit insgesamt abstellende Instrument der Flexibilisierung durch Langzeit- oder Lebensarbeitszeitkonten. „Die von Arbeitgeberseite bisher strikt abgelehnte Kumulation und Kombination angesammelter Zeiten vor dem anstehenden Eintritt in den Ruhestand ist ein alter Hut, der nicht auf moderne Köpfe passen

kann“, stellte der dbb Chef klar. Dauderstädt machte auch deutlich, dass „der IT-Einsatz nicht zur Entwertung der geleisteten Arbeit führen darf. Wurde früher ein Rentenbescheid mit der Hand vorberechnet, darf diese Funktion heute nicht niedriger eingestuft werden, weil das Programm alles automatisch berechnet. Am Ende steht nach wie vor ein wichtiger Verwaltungsakt, den der Sachbearbeiter auf seine Richtigkeit zu prüfen und zu verantworten hat.“

„Der digitale Wandel der Arbeitswelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Gastgeberin der Frauenpolitischen Fachtagung. „Diejenigen, die für einen funktionsfähigen Staat und das Gemeinwesen sorgen, müssen in der Debatte mitgedacht werden. In diesem Bereich arbeiten vor allem Frauen. Sie stellen sich – ebenfalls zu Recht – die Frage: Was wird aus mir und meiner Arbeit in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren? Die betroffenen Akteure aus Wirtschaft, Industrie, Politik und aus dem öffentlichen Dienst müssen sich dieser Herausforderung gleichermaßen stellen“, forderte die Vorsitzende. Dazu müssten auch die bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsregeln an die

Erfordernisse einer zunehmend digitalisierten und entgrenzten Arbeitswelt angepasst werden. „Die Beschäftigten und deren Vertretungen müssen von Anfang an in die Weiterentwicklung der Arbeitsprozesse einbezogen werden.“ Darüber hinaus warnte Wildfeuer davor, dass neue Technologien, die die Arbeit vermeintlich erleichterten, für ältere Beschäftigte zur Feuerprobe werden könnten: „Wer nicht mehr mitkommt, wird schnell von den jüngeren Kolleginnen und Kollegen abgehängt. Umso dringender müssen wir diese Beschäftigtengruppe an die neuen Technologien heranführen. Passgenaue Weiterbildungen und gezielte Schulungen müssen die Beschäftigten dort

abholen, wo sie mit ihrem digitalen Knowhow gerade stehen. Es wäre fatal für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, gerade die erfahrenen Beschäftigten und deren Wissen durch den digitalen Wandel zu früh zu verlieren“.

Bei der 12. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung analysierten und diskutierten am 12. April 2016 in Berlin unter der Überschrift „Arbeit 4.0“ Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt.
(04/13/16)

dbb bundesfrauenvertretung: Frauenförderung muss beförderungsrelevant sein

(dbb) Haupthindernis für das Fortkommen von Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes sieht die dbb bundesfrauenvertretung in den nicht mehr zeitgemäßen Beurteilungsroutinen begründet. Darauf verwies die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer im Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin am 11. April 2016. „Wenn wir über bessere Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst sprechen, dann müssen wir die dienstlichen Beurteilungen kritisch prüfen. Zwar sind die einzelnen Bewertungskriterien geschlechtsneutral formuliert. In ihrer Wirkung folgen sie jedoch dem klassischen Rollenverständnis“, erläuterte die Vorsitzende.

Neben einer zeitgemäßen Führungskultur, die „Teamfähigkeit und kollegiales Miteinander als wichtige Führungsqualitäten“ anerkenne, sei vor allem die gezielte Schulung und eine stärkere Kontrolle der Beurteilenden dringend notwendig, so Helene Wildfeuer. „Die erfolgreiche Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Frauenförderung muss einen zentralen Stellenwert bei der dienstlichen Beurteilung von Personalverantwortlichen und Führungskräften ab Teamleitung aufwärts einnehmen.“

Insbesondere die stark an Präsenzzeiten ausgerichtete Auffassung von Arbeitsleistung bei der dienstlichen Beurteilung sieht Helene Wildfeuer in der Kritik. „Anwesenheit im Büro ist in vielen Dienststellen noch immer maßgebend für die Leistungsbewertung. Wer aber Teilzeit oder Telearbeit nutzt, was vorwiegend Frauen

tun, fällt dann sehr wahrscheinlich durchs Raster und verpasst den Einzug in die Riege der Beförderungswürdigen.“

Auffällig sei zudem, dass Männer hinsichtlich Flexibilität, Verantwortungsbewusstsein und Durchsetzungsvermögen überdurchschnittlich besser bewertet würden als Frauen. „Weibliche Beschäftigte punkten eher bei sogenannten ‚weichen‘ und damit nicht vorrangig beförderungsrelevanten Kriterien wie Teamfähigkeit und Sozialkompetenz“, erläuterte Helene Wildfeuer. „In der Bewertung werden Geschlechterstereotype, die am Arbeitsplatz vorherrschen, deutlich sichtbar. Das ist nicht nur diskriminierend, es sagt auch viel über die Führungskultur in der jeweiligen Dienststelle aus.“
(05/13/16)

Naunhof: Stadt bietet Verhandlungen an – Streiks ausgesetzt

(dbb) Die Stadt Naunhof hat dem dbb Tarifverhandlungen angeboten. Damit ist ein wichtiges Zwischenziel für die dortigen Beschäftigten erreicht. „Um den Konflikt zu entschär-



fen und eine konstruktive Lösung zu ermöglichen, haben wir die geplanten Warnstreiks in Naunhof vorerst ausgesetzt", sagte Jürgen Kretzschmar, der Mitglied der dbb Bundestarifkommission und der Verhandlungskommission für Naunhof ist, am 11. April 2016.

Das Ziel bleibe weiterhin die Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Naunhof, erklärte Kretzschmar. Der tariflose Zustand müsse beendet werden. Verhandlungen seien dafür der richtige Weg. „Da die Blockade auf Seite der Stadt nun gelöst ist, geben wir gerne einen Vertrauensvorschuss

und verzichten vorerst auf weitere Arbeitskampfmaßnahmen. Den von uns eingeschlagenen Weg werden wir aber konsequent weiter verfolgen, nun aber am Verhandlungstisch.“

(06/13/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Gebietsreform in Thüringen: tbb kritisiert Vorschaltgesetz

(dbb) „Diesem Vorschaltgesetz haftet nach unserer Auffassung der massive Mangel an, keine Aussagen zu den beabsichtigten Regelungen für die Bediensteten - sowohl die Beamten als auch die Tarifbeschäftigten - zu treffen“, kritisierte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Helmut Liebermann den Entwurf des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform am 8. April 2016.

Nach Auffassung des tbb besteht die Gefahr, dass damit Vorgaben für die Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung frühzeitig festgezurrten würden, die später erhebliche und dann aus rechtlichen Gründen unvermeidliche Auswirkungen auf die Bediensteten, die Aufgabenerfüllung der Verwaltung und nicht zuletzt auf die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern haben.

„Das Festhalten der Landesregierung am Stellenabbau von mehr als 8.800 Stellen zusammen mit dem Vorhaben, Gemeinden und Landkreise aufzulösen, nährt die Befürchtung, dass hier ein unsozialer Stellenabbau stattfinden soll“, fasst Liebermann die Bedenken unter

den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zusammen. „Dafür spricht, dass das Gesetz dazu keine Aussagen macht und die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf im bisherigen Gesetzgebungsverfahren noch nicht angehört wurden. Erst müssen die Rahmenbedingungen für das Personal stehen – dann kann Veränderung erfolgen.“

Ohne weitergehende Regelungen für die Bediensteten im Gesetzentwurf wären laut tbb nach jetzigem Stand die Tarifbeschäftigten über § 613a BGB nur für ein Jahr vor betriebsbedingten Kündigungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen geschützt.

(07/13/16)

Rheinland-Pfalz: dbb und Steuerzahlerbund wollen Qualität öffentlicher Dienstleistungen sichern

(dbb) Der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Rheinland-Pfalz, Rainer Brüderle, und die dbb Landesvorsitzende, Lilli Lenz, haben am 12. April 2016 für die Sicherung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen geworben. Sie stellten fest, dass wegen stagnierender Personalstärke bei ständig steigenden Aufgaben im öffentlichen Dienst eine massive Arbeitsverdichtung stattfinde. Beide Organisationen sehen daher sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor großen Herausforderungen.

Brüderle äußerte für den Steuerzahlerbund die Erwartung, dass der Staat insgesamt mehr

Geld in die Hand nehme, um in den Bereichen Sicherheit und Bildung die gewachsenen An-



forderungen zu erfüllen. Die Einhaltung der Schuldenbremse dürfe aber nicht in Frage gestellt werden. „Die neue Landesregierung muss einen Kassensturz anstellen, vorhandene Projekte auf Sinnhaftigkeit überprüfen und die Effizienz in der Verwaltung deutlich steigern. Auf die Weise können finanzielle Freiräume geschaffen werden, die der Polizei und den Schulen zu Gute kommen könnten“, erklärte Brüderle.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz verdeutlichte aus Gewerkschaftssicht angesichts von drei auf je ein Prozent gedeckelter Anpassungen von

Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst ab 2012 und zahlreicher weiterer Kürzungen und Einschnitte: „Wenn man die besten Bewerber bekommen und gute Leute halten will, muss man nicht nur die Eintrittskonditionen verbessern, sondern auch für vorhandenes Personal attraktiv sein, damit es den öffentlichen Dienst nicht für lukrativere Angebote verlässt. Niedrigzinsphase und vergleichsweise hohe Steuereinnahmen müssen jetzt genutzt werden, damit der öffentliche Dienst zukünftig Schritt hält.“

(08/13/16)

dbb-Lehrerverbände in Sachsen-Anhalt: In Bildungsqualität investieren

(dbb) Die im dbb sachsen-anhalt zusammengeschlossenen Lehrerverbände erwarten, dass die neu zu bildende Landesregierung statt in Schulstrukturen in Bildungsqualität investiert. Das teilte der db sachsen-anhalt am 11. April 2016 mit.

Die Verbände sind davon überzeugt, dass das gegliederte Schulsystem die geeignete Organisationsform ist, um Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft am besten begabungs- und leistungsgerecht zu unterrichten und zu fördern. Die Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen

und weitere Neugründungen müsse deshalb beendet werden. Statt das Schulsystem in Sachsen-Anhalt mit viel Geld, aber ungewissem Ergebnis, strukturell umzubauen, müssten die bestehenden Schulen personell und materiell besser ausgestattet werden.

(09/13/16)

Deutsche Polizeigewerkschaft gegen Bundeswehreinsätzen im Innern

(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat sich am 12. April 2016 im Interview mit dem Deutschlandfunk gegen Bundeswehreinsätzen im Innern zur Terrorbekämpfung ausgesprochen: „Man kann nicht die Polizei erst jahrelang kaputt sparen und ihr notwendige technische Ausrüstung vorenthalten und dann, wenn es gefährlich wird, nach der Bundeswehr rufen.“ Der richtige Weg sei vielmehr, die Polizei personell und technisch in die Lage zu versetzen, sich diesen Terroristen auch entgegenzustellen.

An einem grundsätzlichen Nein müsse man auch aus staatspolitischen Gründen festhalten. Es könne nicht sein, dass Terroristen auf einmal zur Kriegspartei würden. „Das ist ja genau das, was die Terroristen wollen. Man wertet sie auf, wenn man sie als Soldaten betrachtet,

denen man Soldaten entgegenstellt. Terrorismus ist ein krimineller Akt. Terroristen sind keine Soldaten, sondern feige Mörder“, stellte Wendt klar.

(10/13/16)

Deutscher Philologenverband: Turnhallen wieder für Schulsport freigeben

(dbb) Angesichts stark zurückgehender Flüchtlingszahlen und leer stehender Unterkünfte hat der Deutsche Philologenverband (DPHV) die Bundesländer am 11. April 2016 aufgefordert, zweckentfremdete Turnhallen wieder für den Sportunterricht freizugeben. „Die



Belegung von Turnhallen darf keine Dauerlösung sein", sagte DPhV-Chef Heinz-Peter Meidinger der Neuen Osnabrücker Zeitung.

Nach Meidingers Angaben stehen in Deutschland etwa 1.000 Schul-Turnhallen wegen der Unterbringung von Flüchtlingen für den Sportunterricht nicht zur Verfügung. Dadurch seien seit September 2015 etwa 50.000 Sportstunden ausgefallen oder konnten nur mit starken Einschränkungen erteilt werden. Besonders in Berlin und in Nordrhein-Westfalen seien noch immer viele Hallen belegt.

Die Bereitschaft von Schülern, deren Eltern und der Lehrer, Flüchtlingen zu helfen, sei

groß. „Aber jetzt ist es an der Zeit, Notlösungen zu beenden“, erklärte Meidinger mit Blick auf die freien Plätze in Flüchtlingsunterkünften. Der Sportunterricht müsse an den Schulen wieder in vollem Umfang erteilt werden können. Der Philologenverband appellierte ferner an die Länder, die Mittel zur notwendigen Renovierung der Schul-Turnhallen bereit zu stellen. Deren Spezialböden hätten unter anderem durch die Aufstellung von Metallbetten gelitten und müssten nun wieder hergerichtet werden. (11/13/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 7. April 2016 sind die **Tarifverhandlungen des dbb** mit der Geschäftsführung des Flughafens Hahn für die dortigen Beschäftigten erneut ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Zwar hatte die Arbeitgeberseite ihre Forderung nach Gehaltseinschnitten bei den Beschäftigten aufgegeben, stattdessen allerdings eine Nullrunde gefordert. Das lehnt der dbb ab. Nun werden Maßnahmen geplant, um Bewegung in die Verhandlungen zu bringen.

Angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes Baden-Württemberg zeigt sich **Volker Stich**, Vorsitzender des BBW - Beamtenbund Tarifunion und dbb Vize, besorgt. Im Haushalt 2017 klafft schon jetzt ein Loch. Der BBW will dennoch an seinen Kernforderungen festhalten: Rücknahme der abgesenkten Eingangsbezahlung, zeit- und inhaltsgleiche Übernahme künftiger Tarifabschlüsse auf den Beamtenbereich und Überprüfung der Polizeireform. „Beim öffentlichen Dienst und den Beamten wurde bereits mehr als genug gespart“, erklärte Stich.

Der **dbb rheinland-pfalz** hat sich am 12. April 2016 mit der Landesregierung auf Grundsätze, Ziele und Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung geeinigt und darüber eine Fördervereinbarung abgeschlossen. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten muss es demnach sein, den Dienst selbst gesund zu gestalten sowie die Bewältigungsmöglichkeiten, Widerstandsressourcen und Kompetenzen der Beschäftigten zu erhalten und zu stärken. (12/13/16)